

# Pulsnitzer Tageblatt

Druckpreis 18. Tel.-Nr.: 18. Pulsnitzer Tageblatt  
Kontokonto Dresden 2133. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Umlage Seite RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2  
Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)  
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 35

Freitag, den 11. Februar 1927

79. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des

- 1.) Rittergutes Schwosdorf,
- 2.) Bäckermeisters Michael Scholze in Rosenthal Nr. 28,

ist erloschen. Die Bestimmungen, durch die für die vorliegenden Fälle Sperr- und Beobachtungsgebiet gebildet worden sind, treten außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 9. Februar 1927.

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 214, die Firma **Ferdinand Kösen** in **Großröhrsdorf** betreffend, eingetragen worden: Die Gesellschafter **Laura Vidby** verw. **Kösen** geb. **Hause**, **Richard Otto Kösen**, **Amalia Erna Kösen**, sämtlich in **Großröhrsdorf**, sind ausgeschlossen.

Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Amtsgericht Pulsnitz, am 10. Februar 1927.

## Das Wichtigste

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sind wieder einmal ins Stocken geraten.  
In Portugal fanden heftige Kämpfe um Lissabon statt.  
In Paris spricht man von einer Konferenz der Locarno-Mächte in San Remo.  
Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde über die Ehegesetzsreform beraten.  
In Bartoldsdorf verbrannte eine Mutter ihr Kind und sich selbst.  
Präsident Coolidge teilte gestern dem Kongreß mit, daß die amerikanische Regierung in Tokio, London, Paris und Rom ein Memorandum haben überreichen lassen, indem um die Einberufung einer Seeerwerbskonferenz gebeten wird. Zur Begründung führt Coolidge an, daß die Genfer Besprechungen keine positiven Formen annehmen. Es müsse gefordert werden, daß eine wirkliche Entwerfungs-konferenz zustande komme.  
Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ berichten, hat der Verband der Metallindustriellen im Bezirke Leipzig die Aussperrung der streikenden 25 000 Arbeiter verfügt, nach dem am Donnerstag Mittag das den Streikenden gestellte Ultimatum, die Arbeit wieder aufzunehmen, abgelehnt war, ohne daß die Arbeiter in die Betriebe zurückgekehrt sind.  
Wie die Berliner Morgenblätter aus Warschau melden, hatte in einem Dorfe des Wilnagbietes ein Bauer zur Hochzeit Schnaps von einem illegalen Händler gekauft und dabei offenbar Methyloalkohol erhalten. Am Tage nach der Hochzeit starben 13 Gäste und weitere 12 liegen hoffnungslos darnieder. Die übrigen Gäste sind mit einer leichten Erkrankung davongekommen.  
Wie aus Oslo gemeldet wird, ging gestern bei Oberhalla in West-norwegen die Minensprengung zur Durchtunnelung eines Berges verfehlt los. 3 Arbeiter wurden von den Gesteinsmassen verschüttet. Nur 4 konnten lebend geborgen werden.

## Der Kampf in China.

Die Truppen der Kantonomie ziehen in langen Zügen von Süden nach Norden. Auf den breiten Straßen des himmlischen Reiches erblickt man die wandernden Gestalten chinesischer Soldaten, die so oft in einer Art wattierte Mantel hocken und unförmlich dick dadurch erscheinen. Dazwischen fahren Batterien, rollt der Troß dahin, nicht in der Ordnung, die wir gewöhnt sind; sind doch die Angeworbenen häufig Kulis, kaum ausgebildete Soldaten, die die Hoffnung auf irgendwelche Beute vorwärts treibt.  
Die Situation in China hat sich in den letzten Monaten völlig verändert. Es ist noch nicht lange her, da tritt eine Reihe von Generalen um die Macht: Schanghsolin, der Beherrscher der Mandchurei, der christliche General und Sowjet-anhänger Feng, der zeitweise Peking zu seiner Zone rechnete, Wupeifu, mächtig in den Mittelprovinzen, Sun in Schanghai, dazu kam die Kantonomie, deren Anhänger gleich Fung auf Moskau hören.  
Heute sind von allen Widersachern zwei Gruppen übrig geblieben. Wupeifu und Sun haben sich Schanghsolin angeschlossen, um gemeinsam den Kampf gegen den Süden zu führen. Der Marschall Fung, der längere Wochen hindurch eine bedrohliche Planktenstellung gegen die Nordarmee einnahm, scheint zurzeit keine Rolle mehr zu spielen. Um so größeren Erfolg hatte die Kantonomie. Sie ging in der Richtung Schanghai vor und schlug den General Sun in mehreren Schlachten. Anteil an den Erfolgen hat vor allem der Russe Borodin, der Berater der Kantonomie-Regierung. In diesen Tagen scheint ein Umschwung bevorzuzugehen. Wie verlautet, hat General Sun, unterstützt von Schang, Chuchlu, eine wichtige Stadt in der Heilangprovinz, etwa 280 englische Meilen südlich von Schanghai, über-nachsend genommen; es heißt, die geschlagenen Kantontuppen zögen sich auf die Kiangtse zurück.  
Schärfer als noch vor kurzer Zeit entwickelt sich der Streit der Großmächte um den Einfluß im chinesischen Krieg. Es sind besonders Rußland und England, die sich gegenseitig befürchten. Schon zur Zeitenzeit bestanden Unstimmigkeiten, die aber immer wieder beigelegt wurden. Es handelt sich hierbei nicht um China allein, sondern um den Kreis der Staaten, die südlich des russischen Reiches liegen, um Persien, Afghanistan, Indien und China. Japan und Amerika haben sich uninteressierter gezeigt, ein Zeichen übrigens für einen

## Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen stoßen schon wieder

Frankreich verlangt freie Weineinfuhr nach Deutschland

Protest gegen die Deutschen-Ausweisungen aus Oberschlesien — Polnische Rechtfertigungsversuche — Die neue Fernsprechnordnung — Der Aufstand in Lissabon niedergeschlagen

Die mehr als zwei Jahre währenden Verhandlungen mit Frankreich über Abschluß eines Handelsvertrages sind wieder einmal zum Stillstand gekommen. Der neue französische Zolltarif, der die Grundlage dieser Abschlußverhandlungen bilden soll, konnte bisher von der französischen Regierung nicht vorgelegt werden, und nun sind unsere Unterhändler, wie so oft, damit vertrieben worden, daß dieser Zolltarif in den nächsten Tagen der französischen Kammer vorgelegt werden würde.

Da am 21. d. M. das vorläufige deutsch-französische Handelsprotokoll abläuft, so hat die Reichsregierung am verflohenen Montag eine abermalige dreimonatige Verlängerung dieses Protokolls in Paris angeboten. Die französische Regierung hat jedoch dieses Angebot nur als annehmbar erklärt, wenn deutscherseits die französische Weineinfuhr gleichfalls in das Protokoll aufgenommen werde. Ein derartiges Zugeständnis kann natürlich von Deutschland unmöglich gegeben werden, und so ist denn damit zu rechnen, daß bei einem weiteren Verfahren der französischen Regierung auf ihrem Standpunkte mit einem vertragslosen Zustand gerechnet werden muß. Wenn eine Verständigung nicht erzielt werden sollte, so würde die Schuld lediglich der französischen Seite zufallen.

Die mehr als zwei Jahre währenden Verhandlungen mit Frankreich über Abschluß eines Handelsvertrages sind wieder einmal zum Stillstand gekommen. Der neue französische Zolltarif, der die Grundlage dieser Abschlußverhandlungen bilden soll, konnte bisher von der französischen Regierung nicht vorgelegt werden, und nun sind unsere Unterhändler, wie so oft, damit vertrieben worden, daß dieser Zolltarif in den nächsten Tagen der französischen Kammer vorgelegt werden würde.

Da am 21. d. M. das vorläufige deutsch-französische Handelsprotokoll abläuft, so hat die Reichsregierung am verflohenen Montag eine abermalige dreimonatige Verlängerung dieses Protokolls in Paris angeboten. Die französische Regierung hat jedoch dieses Angebot nur als annehmbar erklärt, wenn deutscherseits die französische Weineinfuhr gleichfalls in das Protokoll aufgenommen werde. Ein derartiges Zugeständnis kann natürlich von Deutschland unmöglich gegeben werden, und so ist denn damit zu rechnen, daß bei einem weiteren Verfahren der französischen Regierung auf ihrem Standpunkte mit einem vertragslosen Zustand gerechnet werden muß. Wenn eine Verständigung nicht erzielt werden sollte, so würde die Schuld lediglich der französischen Seite zufallen.

## Protest gegen die Deutschen-Ausweisungen aus Ostoberschlesien

Berlin, 10. Februar. Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier und der Deutsche Ostbund haben dem Reichskanzler folgendes Schreiben überreicht: „Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erheben in Verbindung mit dem Deutschen Ostbund in größter Empörung schärfsten Einspruch gegen die jetzt wieder einsetzende Verfolgung und Ausweisung Deutscher aus Polen und gegen die ständige Brutalvergewaltigung der deutschen Minderheit in Polen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie erbiten dringend sofortige Gegenmaßnahmen zum Schutze der Deutschen und ihrer kulturellen Einrichtungen in Polen. Es darf nicht vergessen werden, daß bereits rund eine Million Deutscher aus Polen vertrieben sind und in grenzenloser Not im verkleinerten Deutschland ihr Dasein fristen. Die freie Tätigkeit auch der Reichsdeutschen in Polen muß gesichert sein, solange das Polentum in Deutschland sich frei betätigen darf. Ohne Niederlassungsrecht und ohne Verzicht auf Liquidationen darf kein Handelsvertrag mit Polen geschlossen werden.“

## Reine Zurücknahme der Deutschen-Ausweisungen aus Ostoberschlesien

Warschau, 11. Februar. Auf Befragen eines Pressevertreter's, ob die Ausweisung der deutschen Ingenieure aus Ostoberschlesien rückgängig gemacht werde, erklärte Außenminister Zaleski, daß dies nicht der Fall sei, da zu einer Aufhebung des Ausweisungsbefehls jede gesetzliche Grundlage fehle. Außerdem habe Polen eigene Arbeitslose genug und schließlich seien die Ausgewiesenen keine Oberschlesier, sondern Reichsdeutsche.

## Die Warschauer Presse zum Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen

Warschau, 11. Februar. Die hiesige Presse schiebt in ihren Kommentaren zu dem plötzlichen Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen die ganze Schuld auf die neue deutsche Regierung. Der offiziöse „Messager Polonais“ erklärt, daß es zu keinem Bruch gekommen wäre, wenn die deutschen Nationalisten nicht die Mehrheit in der Regierung hätten. Es handele sich hier nicht um die 4 Ingenieure, sondern um den offensichtlichen Wunsch der deutschen Regierung nach einem Bruch mit Polen. Die Boulevard-Presse bezeichnet die Haltung Deutschlands in diesem Streit als politische Phantasterei. Die polnische Regierung hoffe jedoch, die Handelsvertragsverhandlungen wieder fortsetzen zu können und der polnische Delegierte Bronzynski habe Anweisung erhalten, sich auf jeden Fall zur Rückreise nach Berlin bereit zu halten.

## Polnische Rechtfertigungsversuche.

Die polnische Regierung bemüht sich, durch eine amtliche

liche Auslassung die Schuld an der deutsch-polnischen Verhandlungs-krise von sich abzuwälzen. Gegenüber den verschiedenen polnischen Äußerungen betont man in Berliner diplomatischen Kreisen, daß es selbstverständlich deplaciert gewesen wäre, die letzte vorgesehene Sitzung unter den gegenwärtigen Umständen abzuhalten. Es trifft zu, daß Ende vorigen Jahres in den Verhandlungen eine gewisse Annäherung erfolgt war. Dagegen hat Polen bis heute noch nicht auf den Grundsatz verzichtet, mit Deutschland zu treffende Vereinbarungen durch die inner-polnische Gesetzgebung zu ändern. Ein Abbruch der Verhandlungen würde für die deutsche Wirtschaft keinen gegenüber dem bestehenden, neuen Zustand schaffen, da bekanntlich zwischen beiden Ländern immer noch der Wirtschaftskrieg besteht. Man betont ferner, daß man sich in Deutschland über das, was eventuell in den Verhandlungen hätte erreicht werden können, keine Illusionen machen dürfe. Die protektionistische polnische Handelspolitik ist besonders in letzter Zeit darauf ausgegangen, die deutsche Wareneinfuhr nach Polen mit allen Mitteln zu verhindern.

## Der Aufstand in Portugal niedergeschlagen.

Paris. Die portugiesische Gesandtschaft teilt in einem aus Lissabon erhaltenen amtlichen Telegramm mit, daß die Revolution niedergeschlagen sei. Die Aufständischen hätten sich ergeben. Diejenigen, die sich in Lissabon im Marinearsenal verschanzt hätten, seien über den Tajo geflüchtet. Der Kreuzer „Carvalho Branco“, der sich der Aufstandsbewegung angeschlossen haben, sei sofort durch die Batterie des Forts Anteb Duque zum Schweigen gebracht worden. Er habe die weiße Fahne gehißt. Seine Besatzung habe sich an Bord eines deutschen, auf dem Tajo liegenden Schiffes ergeben.

Nach einer Meldung aus Porto haben sich die Aufständischen in Porto am 8. Februar um 9 Uhr vormittags ergeben. Eine weitere Meldung aus Lissabon, deren Uebermittlung verzögert wurde, gibt an, das Marinearsenal in Lissabon, in dem sich Marineinfanterie und ein Teil der republikanischen Garde befanden, hätte sich nach 44stündigem Angriff ergeben. Ein Flugzeug habe auf das Arsenal drei Bomben abgeworfen. Es soll zahlreiche Tote und Verletzte gegeben haben.

## Ein offenes Wort über die deutsche Abrüstung.

New York. Der britische Oberst Reddie, ein ehemaliges Mitglied der alliierten Militärkontrollkommission, ist in New York eingetroffen und erklärte Pressevertretern, er hätte während seiner achtjährigen Kontrolltätigkeit in Deutschland festgestellt können, daß die deutsche Regierung trotz der großen Schwierigkeiten ihre Abrüstungsverpflichtungen ehrlich erfüllt habe. Trotzdem mag nicht jeder Buchstabe der Vorschriften erfüllt worden sein, es handle sich dabei um Forderungen, die sich überhaupt nicht erfüllen ließen. Er hätte die Ueberzeugung gewonnen, daß nach den furchtbaren Leiden, die Deutschland nach dem Kriege durchzumachen hatte, der größte Teil der Bevölkerung nicht kriegerisch gesinnt sei.